

## Offener Brief

### zur geplanten Verlängerung der Nicht-Antragstellung von insolventen Unternehmen

An die  
Österreichische Bundesregierung und  
Interessensvertreter der österreichischen Wirtschaftstreibenden

Wien, 23.06.2020

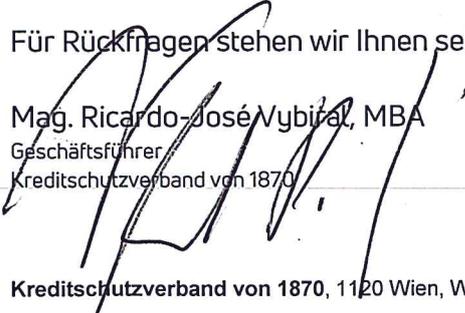
Die herausfordernde Situation der vergangenen Wochen und Monate hat in den heimischen Unternehmen gravierende Spuren hinterlassen und die gesamte österreichische Wirtschaft massiv beeinflusst. Es war daher richtig, einschneidende Maßnahmen seitens der Österreichischen Bundesregierung zu setzen, um die Situation bestmöglich zu meistern.

Jedoch ist es jetzt an der Zeit, rasch zu einem gesunden System zurückzufinden, in dem sich eine wettbewerbsorientierte Volkswirtschaft neu entfalten kann. Dies bedeutet insbesondere auch, dass funktionierende Marktmechanismen nicht weiter durch eingreifende Maßnahmen hinausgezögert bzw. blockiert werden. Aufgrund der aktuellen Vorgehensweise der Sistierung von Konkursanträgen gegen insolvent gewordene Unternehmen durch die Finanz und Gesundheitskassen wird jedoch ein gesunder Neubeginn der Wirtschaft weitestgehend verhindert. Vielmehr werden dadurch Insolvenzen bei Unternehmen verschleppt, die dann nach Beendigung der Maßnahmen höchstwahrscheinlich nicht einmal mehr die Voraussetzungen für ein etwaiges Sanierungsverfahren erfüllen können. Damit ist niemandem geholfen: weder den in Schieflage gekommenen Unternehmen, noch den Gläubigern und erst recht nicht der gesamten heimischen Wirtschaft.

Der Kreditschutzverband von 1870 plädiert daher für eine Beendigung der Nicht-Antragstellung im Fall von insolventen Unternehmen per 30. Juni 2020 und damit für die rasche Wiederaufnahme des bereits in der Vergangenheit gut funktionierenden österreichischen Insolvenzsystems. Nicht der Insolvenzantrag ist das Problem; die negativen Auswirkungen bei einer Verschleppung schaden allen Beteiligten massiv. So hat weder das Unternehmen eine Chance auf Sanierung; Gläubiger erhalten nicht einmal einen Bruchteil ihrer Forderungen; Arbeitsplätze werden unnötig vernichtet und die Erholung der heimischen Wirtschaft wird auf die lange Bank geschoben. Dies kann und darf nicht in Ihrem Interesse sein.

Wir appellieren daher an Sie, sich für ein Ende der derzeitigen Vorgehensweise der Nicht-Antragstellung im Fall von insolventen Unternehmen und einer damit verbundenen Insolvenzverschleppung einzusetzen. Nur so hat die österreichische Wirtschaft eine reelle Chance auf einen nachhaltigen Neubeginn.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

  
Mag. Ricardo-José Nybiral, MBA  
Geschäftsführer  
Kreditschutzverband von 1870

  
Mag. Hannes Frech  
Geschäftsführer  
Kreditschutzverband von 1870